

Schittich, Ingrid (2012): Nach einem Jahr. Nichtbürgerinnen und Nichtbürger in Lettland.

Nach einem Jahr intensiver Beschäftigung mit dem haarsträubenden Status der „Nichtbürger und Nichtbürgerinnen“ in Lettland, durch den Minderheiten - in diesem Fall die russische - zu Bürgern zweiter Klasse degradiert werden, muss ich erstaunt, empört und entsetzt die folgenden Feststellungen machen:

In dem kleinen, zahlenmäßig - aber nicht kulturell - eher unbedeutenden Land spiegeln sich wie in einem Brennglas die Probleme der heutigen Europäischen Union wider.

Demokratische Prinzipien werden vernachlässigt, weil materielle Werte ihren Platz weit vor ideellen Werten einnehmen. Dem Unrecht in kleinen Staaten genauso wie in großen sieht man zu. Es gibt hehre Ziele, die sich hervorragend dazu eignen in politischen Reden beschrieben oder zitiert zu werden. Im Alltag des Lebens und in der rauen Wirklichkeit sind diese Ziele allerdings keine Richtschnur mehr.

Der Vertrag von Lissabon 2007, der die EU-Länder eint, ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Dort heisst es:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“

Welchen Stellenwert aber nehmen die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde in Europa ein? Ist es mit der Würde eines Menschen vereinbar, wenn er, z.B. hier in Deutschland, nicht von seiner Arbeit leben kann? Wenn sich in Lettland wie in Deutschland Armut ausbreitet, wo gleichzeitig großer Reichtum vorhanden ist? Oder wenn ein Mensch, wie es in Lettland geschieht, aufgrund seiner ethnischen Zugehörigkeit und durch geschichtliche Zusammenhänge, die er heute nicht zu verantworten hat, als Bürger zweiter Klasse eingestuft wird? Wenn in Deutschland rechtsradikale Gruppierungen mehr als 60 Jahre nach Nazi-Deutschland immer noch morden und ihre menschenverachtenden Spiele treiben können vor dem Hintergrund undurchsichtiger Machenschaften demokratisch unzureichend kontrollierter Geheimdienste?

Kann es ein „geeintes“, „vereintes“, „einiges“ Europa geben, wenn Unrecht sehenden Auges hingenommen wird und demokratische Prinzipien wie Gleichheit und die freie Ausübung bürgerlicher Rechte mit Füßen getreten werden? Es scheint, als ob der Politik zur Zeit die alles überwiegenden Interessen der Finanzwelt und deren Wohlergehen am meisten am Herzen liegen.

Wenn aber Unrecht vor den Augen von Europäern und Europäerinnen entstehen und gedeihen kann, wenn Europäer und Europäerinnen Unrecht wo auch immer in Europa mittragen, geht dieses Europa einen schlechten Weg - in Lettland und in den übrigen EU-Ländern. Unrecht in einem EU-Land ist Unrecht in allen.

Die älteren Geschwister des Unrechts sind die Unwissenheit und die Gleichgültigkeit. Beides habe ich bei meinen bescheidenen Bemühungen und Nachforschungen zum Status der „Nichtbürgerinnen und Nichtbürger“ Lettlands im Übermaß hier bei uns vorgefunden.

Mein erster Schritt, waren Gespräche hier in Deutschland. Gespräche mit Bekannten auf der Straße, bei einem Glas Wein oder mit weniger Vertrauten am Rande von Konferenzen und Besprechungen. Überall die gleiche Reaktion: Nichtbürger? Nie gehört. Was ist das? Nun, dieser kleine Bericht soll keineswegs von Hochmut getragen sein. Auch ich kannte das Wort „Nichtbürger“ bis in den Herbst 2010 hinein nicht, ich gestehe es.

Ich fragte später gezielter nach, auf Veranstaltungen, bei einigen Journalisten und Journalistinnen - auch von großen Zeitungen -, bei Politikerinnen und Politikern und bei Bürgerinnen und Bürgern, auch solchen, die nicht gerade den sog. bildungsfernen Schichten angehören. Bei ausnahmslos allen stellte ich eine umfassende Unkenntnis des angesprochenen schändlichen Zustands in Lettland fest. Allerdings machte bei meinen Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen diese Unkenntnis sehr schnell einer Betroffenheit und einer Empörung Platz.

Doch eine kleine, wie mir scheint bezeichnende Beobachtung fällt mir in diesem Zusammenhang auf. Wenn meine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner sich dann selbst ein wenig mit dem Thema „Nichtbürger“ in Lettland beschäftigten, d.h. wenn sie googelten, stellte sich bei ihnen alsbald eine gewisse absurde Beruhigung ein. Betroffenheit, Unverständnis und Empörung schrumpften. Weil das Thema offensichtlich nicht neu ist, weil es die „Nichtbürger“ jetzt fast schon 20 Jahre lang gibt, weil man in diesen 20 Jahren nichts ändern konnte, hat sich seltsamerweise ihr spontanes emotionales Engagement verflüchtigt. Irgendwie teilte sich ihren Gemütern mit, dass da wohl nichts zu machen sei, denn sonst hätten sicher wichtige andere Leute schon eingegriffen.

Nicht nur Unwissenheit und Gleichgültigkeit sind also Geschwister, auch das Wissen gehört sehr oft in diese kaputte Familie. Oder gibt es gar im Bereich der Emotionen und des Gewissens auch so etwas wie eine „normative Kraft des Faktischen“? Zeugt dieses resignative Schulterzucken von jenen seltsamen Lähmungserscheinungen in unseren Demokratien, die immer dann auftauchen, wenn die einzelnen Menschen sich ohnmächtig fühlen, ratlos, hilflos? Von jenen Lähmungserscheinungen, die auftreten, wenn man den Eindruck hat, einer Mauer schweigender und übermächtiger Politiker und Politikerinnen oder anscheinend übermächtiger Umstände gegenüber zu stehen, gegen die anzugehen wir nicht einmal zu versuchen brauchen?

Was sollen meine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner auch tun, wenn ich ihnen von dem Unrecht in Lettland erzähle? Was haben sie mehr zur Verfügung als wütende Worte des Augenblicks? Sie gehen nach Hause, dorthin, wo der Alltag sie mit gnädigen Armen umfängt.

Mein zweiter Schritt¹ war, mich an die Bundesregierung, konkret an den Außenminister Dr. Guido Westerwelle, zu wenden. Er selbst antwortete nicht. Seine Behörde,

¹ Mitte Januar 2011, die vollständige Liste der Adressatinnen und Adressaten ist im Anhang

das Auswärtige Amt, brauchte ganze zwei Nachfragen, bis ich eine Antwort bekam. Diese war wohl diplomatisch, aber und deswegen wenig erhellend. Ein Zitat daraus:

*„Das 2005 in Lettland in Kraft getretene Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten enthält viele verbindliche Grundsätze zum Schutz nationaler Minderheiten, die einen erfolgreichen Minderheitenschutz in Lettland sicherstellen. In der Europäischen Union hat Deutschland daran mitgewirkt, dass für den Beitritt der ost- und südosteuropäischen Staaten die Erfüllung von bestimmten Standards der Gewährleistung von Menschenrechten, insbesondere auch für Angehörige von Minderheiten und anderen benachteiligten Gruppen **gefordert** (Hervorhebung: I.S.) wurde.“*

Mein dritter Schritt war, an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Bundestag zu schreiben. Ich erhielt fast ausnahmslos schlichtweg keine Antwort. Da war sie wieder, die schweigende Mauer der politischen Welt, die Welt derer, die an anderen Stellen laut und rhetorisch geschult tönen können. Aus dem Bundestag hat lediglich die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ geantwortet. Sie haben bestätigt, dass es hier ein Problem gibt, und dieses mit eigenen Worten noch einmal beschrieben. „Bündnis 90/Die Grünen“ waren zumindest informiert, aber ein heftigeres Interesse an einer Lösung habe ich aus ihrem Schreiben nicht herausspüren können. Leider hat mir die Fraktion auf Anfrage nicht gestattet, ihren Antwortbrief an mich online oder anderweitig zu veröffentlichen.

Die mir persönlich bekannte Bundestagsabgeordnete Annette Groth (Die Linke), sie ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, machte sich bereitwillig kundig und half mir, die Verbindung zu einem lettischen Parlamentarier in Riga herzustellen.

Ich habe die Gleichgültigkeit des größten Teils der politischen Klasse in Deutschland erlebt, die sich offensichtlich in einer Wolke von Macht- und Profitgemütlichkeit nur ungern von kritischen ethischen Fragen aus der Ruhe bringen lassen möchte.

Als nächstes wagte ich mich auf die internationale Ebene vor, d.h. auf die EU-Ebene, sozusagen mein vierter Schritt.

Von den angeschriebenen Fraktionen kam nur eine Antwort, wieder von den Grünen.

Und auch der Präsident des Europaparlaments, Jerzy Buzek, hat geschrieben. Seine Antwort auch wieder sehr diplomatisch, ich zitiere:

*„The European Parliament has constantly expressed itself in favour of the recognition and protection of human rights guaranteed by EU and international legal instruments. On the specific situation of non-citizens, the European Parliament's resolution of 11 March 2004 **encouraged** (Hervorhebung: I.S.) the Latvian authorities to favour genuine integration of 'non-citizens'.“*

Das Europaparlament sollte ein Garant des Schutzes und der Beachtung der Menschenrechte sein. Welche Ironie: Sie „ermuntern“ (encourage) die lettische Regierung lediglich immer wieder, die Situation der Nichtbürger in ihrem Land zu verbessern. Man verweist auf Resolutionen, Resolutionen, die einmal gefasst und dann nie beachtet wurden. Behandelt - abgehakt - fertig. Lösung: keine. Und sie „ermuntern“ Lettland munter weiter.

Jerzy Buzek schreibt auch das, was ich von überall her höre, nämlich dass diese Menschenrechtsverletzungen in Lettland (und folglich auch die anderswo) letztlich „a matter of internal competence“, also eine „innere Angelegenheit“ Lettlands seien.

Noch eine Anmerkung zur EU ist zu machen. „Europe Direct“, der zentrale Informationsdienst der EU, auf dessen Website der heitere Slogan steht „Fragen zur EU? Europe Direct kann Ihnen helfen“ schreibt locker flockig auf meine Anfrage:

„Wir bitten Sie, sich nochmals an uns zu wenden... Teilen Sie bitte vor allen Dingen mit, was Sie unter Nichtbürger verstehen.“

So informiert ist also die Informationszentrale der Europäischen Union.

Von den EU-Ländern wird die Frage nach der Substanz des politischen Gebildes EU nicht aufgeworfen. Ist die EU nur ein sicheres Finanzparadies, wo Bankiers und Zucker gut aufgehoben sind? Stellen die Begriffe „Demokratie“ und „Menschenrechte“ keinen Wert und keine ethische Grundlage für die modernen europäischen Staaten dar? Sind Begriffe wie Menschenrechte oder Menschenwürde nur noch schillernde Seifenblasen, die die politischen Clowns in die Luft hinaufbalancieren und die beim leisesten Kontakt mit der Wirklichkeit zerplatzen?

Rechte sind wertlos, wenn sie nicht durchgesetzt werden können, und Demokratie existiert nicht, wenn Recht, Freiheit und Gleichheit nicht zuverlässig in ihr verankert sind. Wir haben Rettungsschirme für hausgemachte finanzielle Probleme. Wo bleiben ethische Rettungsschirme für Demokratie und Menschenwürde? Wo Rettungsschirme für die Benachteiligten in unseren Gesellschaften?

Mein fünfter Schritt: der außerparlamentarische Raum. Zu diesem Bereich wähle ich hier einige Adressatinnen und Adressaten aus:

Ich schreibe an die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), dort an den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, Knut Vollebek, und bitte ihn, bei seinem (damals bevorstehenden) Besuch in Lettland sich des Problems der Nichtbürger anzunehmen. Antwort kam natürlich auch keine. Aber der lettischen Presse entnehme ich, dass er die lettische Regierung „ermuntert“ hat, bessere Bedingungen für die Nichtbürger zu schaffen. Mit Menschenrechtsorganisationen oder anderen Nichtbürger-Organisationen, die diese Minderheiten in Riga vertreten, hat er nicht gesprochen.

Von der Internationalen Liga für Menschenrechte erhalte ich Kontaktadressen, u.a. zu der lettischen Menschenrechtsgruppe Latvian Human Rights Committee (LHCR). Mit der Zeit entsteht für mich ein ganzes Geflecht von Kontakten zwischen zivilge-

sellschaftlichen Gruppen und überregionalen Organisationen. Ich lande z.B. über den UNHCR Wien bei "UNHCR's Baltic and Nordic Office" in Stockholm.

Aber oft lese ich auch Feststellungen wie die der Europäischen Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V., die von Kompetenz, Engagement aber auch von eklatantem Ressourcenmangel zeugen:

„Uns sind die von Ihnen geschilderten Menschenrechtsverletzungen in Lettland bekannt ebenso wie auf anderen Gebieten. Aufgrund unserer begrenzten Ressourcen konnte bisher eine intensivere Auseinandersetzung mit der Situation in Lettland leider nicht erfolgen.“

Allgemeine und informative Literaturangaben über Lettland und das Baltikum insgesamt habe ich von Einrichtungen wie der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) oder der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) erhalten. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich sehr offen gezeigt und sofort einen Termin für ein Treffen in ihrem Büro in Riga vorgeschlagen, als ich meine Reise nach Lettland² plante. Auch hier wurde mir viel Zuwendung und Zeit entgegengebracht und ganz allgemein Hilfe, wann immer nötig, in Riga angeboten.

Die zivilgesellschaftlichen Gruppen in Lettland und z.T. auch innerhalb der EU machen mir die meiste Hoffnung. Einige Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppen habe ich während meines Aufenthalts im April 2011 in Riga kennengelernt. Bis heute verbinden uns Briefkontakte und die Hoffnung, gemeinsam etwas bewirken zu können.

- Alexejs Dimitros vom lettischen Menschenrechtskomitee in Riga arbeitet mit Kollegen in anderen europäischen Menschenrechtskomitees zusammen.
- Das Zentrum für alle Fragen zu Lettland im Europaparlament ist Tatjana Zdanoka (Die Grünen/EFA), sie setzt sich unermüdlich für die Rechte der Nichtbürger ein, sie informiert, sie veröffentlicht, sie macht Veranstaltungen. Ihr verdanke ich wertvolle Einblicke.
- Weiterhin ergaben sich Begegnungen mit einigen Mitgliedern der Saeima, dem lettischen Parlament. Besonders beeindruckend war das Treffen mit Alfreds Rubiks (Lettische Sozialistische Partei), der im Europaparlament ist. Er ist eine herausragende und beeindruckende Erscheinung, er verkörpert in seiner Person einen großen Teil russisch-lettischer Geschichte.
- Prof. Nils Muiznieks, der Leiter der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Riga, konnte ich in seinem Institut sprechen. Er hat lange in den USA gelehrt und bringt somit eine „Außensicht“ der lettischen Probleme in die Diskussion mit ein.
- Alexandrs Gaponenko ist Präsident des „Institute of European Studies“ und eine in der lettischen Öffentlichkeit wohlbekannte Stimme für die Sache der Nichtbürger.

² http://www.worldcitizens.de/content/bibliothek/eintraege/schittich_lettland_ohne_zukunft.php

- Viktor Ivanovic Gushchin, der Direktor des baltischen Zentrums für historische und sozialpolitische Forschungen widmet sich u.a. der wissenschaftlichen Aufarbeitung der ethnischen Konflikte in Lettland. Er ist ein ruhiger und ausgeglichener Gesprächspartner. Wie mich überhaupt überrascht hat, wie sachlich alle immer wieder sprechen konnten, obwohl man spüren konnte, wie es in den Gemütern doch brodelt.
- Elizabete Krivcova, Rechtsanwältin, ist eine Mut machende Persönlichkeit, glaubt an die Wirkung von Gesprächen. Sie scheut keine Kontakte, gleich welchen politischen Standort ihre Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen einnehmen.
- Auch mit Journalisten und Journalistinnen verbinden mich herzliche Kontakte.

Alle Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen in Riga nahmen sich viel Zeit für mich. Ich lernte die Nichtbürger und Nichtbürgerinnen verstehen, aber auch die Letten.

Das Fühlen und Denken ist bei allen Menschen im Land fast ausschließlich von Ängsten und Traumata aus der Vergangenheit geprägt und verharrt in einem Blockdenken, das immer wieder in Generalanklagen und Generalschuldzuweisungen mündet: „Die Letten haben als Soldaten in der SS gedient. Die Russen“ haben Lettland annektiert, sie sind Besatzer.“ So einfach ist das - und so sehr das Menschliche zerstörend.

Wenn sich zwei Menschenfronten gesichtslos gegenüberstehen, kommt immer Angst auf. Will der Block, der mir gegenübersteht, meinen Block unterdrücken, mir meine Kultur nehmen, meine Identität? Man spürt nicht, dass der einzelne, den ich als Teil eines Blocks definiere, in diesem Block gar kein Gesicht, keine Identität, keine eigene Kultur mehr hat. Man spürt nicht, dass man auch selbst genauso wie der „Andere“ im Block die Sprache verliert, kommunikationslos wird, egal, ob man Lettisch, Russisch oder irgendeine andere Sprache gesprochen hat.

Für den Menschen als Person, als Individuum, ist bei dieser Sichtweise kein Platz: Kein Platz ist in dieser die Sicht verengenden Logik auch für diejenigen Menschen, egal ob Russen oder Letten, die gegen Nazideutschland im Widerstand, also auf der richtigen Seite waren. Auch in Deutschland, das im Zweiten Weltkrieg in Lettland militärisch einfiel, gab es Menschen, die die Nazis bekämpften und dabei - genauso wie in jener Zeit Russen und Letten - ihr Leben riskierten oder opferten.

Achtung und Zusammengehörigkeit sollten sich endlich nicht mehr an Staatsgrenzen, sondern an gemeinsamen Überzeugungen und ethischen Werten orientieren. Ich fühle mich den russischen und lettischen Freunden und Freundinnen, die ich bei meinem Aufenthalt in Riga gewonnen habe, sehr nahe. Aber nichts könnte mir ferner sein als ein deutscher Neo-Nazi, mit dem ich niemals Überzeugungen und Werte teilen werde.

Alle, die sich in Lettland für die Beseitigung des Unrechtszustands „Nichtbürger“ einsetzen, scheinen zu Hause gegen Windmühlenflügel zu kämpfen. Sie setzen keine Hoffnung mehr auf die lettische Regierung, sie setzen darauf, dass ihr Problem im Ausland bekannt wird. Sie hoffen, dass durch Einfluss von außen die lettische Regierung dazu bewegt werden kann, ihre Politik zu ändern.

Ein Menschenrechtler in Riga schreibt:

Unfortunately, after the accession the EU has less legal instruments in order to improve the situation. It does not have a competence to adopt an act allowing non-citizens to vote, for example - only the Latvian Parliament can do so. In those circumstances political pressure is even more important. In particular, you could write a letter to your Member of European Parliament, raising this issue and insisting that some steps should be taken. In a similar way, discussions in the German Parliament would be very helpful."

Doch sie kämpfen trotzdem weiter. Im November 2011 standen sie wieder auf der Straße, sammelten Unterschriften für ein Referendum. Sie hoffen, dass irgendwann ihre Stimme gehört wird. Sie hoffen auch auf das, was zum Beispiel durch unsere Bemühungen hier in Deutschland geschehen könnte. Dass sich Bürgerinnen und Bürger in Deutschland solidarisch erklären mit Nichtbürgern und Nichtbürgerinnen in Lettland. Dass auf diese Weise Lettland als Staat „ermuntert“ würde, sich in die Reihe europäischer Demokratien zu stellen.

Ich habe den Eindruck, was auf der politischen Ebene bis jetzt nicht geht, kann auf zivilgesellschaftlicher Ebene gelingen. Diese Hoffnung teile ich mit meinen Freundinnen und Freunden in Lettland.

Ob wir Erfolg haben werden?

Mein Brief an den Ministerpräsident Lettlands, Valdis Dombrovskis, vom 1. Dezember 2011, ist noch ohne Antwort.

Die Autorin ist 1. Vorsitzende von AWC Deutschland e.V. (Association of World Citizens, Deutscher Zweig) und akkreditierte NGO-Vertreterin von AWC bei der UNO in Wien.

Anhang:

Schittich, Ingrid (2012): Lettland/Nichtbürger/Liste/Adressatinnen und Adressaten.

Nr.	Adressat/Adressatin	Antwort/keine Antwort (k.A. = keine Antwort)
1	<i>Dr. Guido Westerwelle, Bundesaußenminister, Berlin</i>	k.A.
2	<i>Auswärtiges Amt, Berlin</i>	Antwort
3	<i>CDU/CSU, Volker Kauder, Berlin</i>	k.A.
4	<i>SPD, Dr. Frank-Walter Steinmeier, Berlin</i>	k.A.

5	<i>FDP, Birgit Homburger, Berlin</i>	k.A.
6	<i>Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, Jürgen Trittin, Berlin</i>	Antwort
7	<i>DIE LINKE , Dr. Gregor Gysi, Berlin</i>	k.A.
8	<i>Präsident des Europaparlaments, Jerzy Buzek, Brüssel</i>	Antwort
9	<i>Greens/European Free Alliance, (EFA Group) Daniel Cohn-Bendit, Brüssel</i>	k.A.
10	<i>Group of the European People's Party, Joseph Daul, Brüssel</i>	k.A.
11	<i>European Conservatives and Reformists, Michael Tomasz Kaminsky, Brüssel</i>	k.A.
12	<i>Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, Lothar Bisky, k.A.</i>	k.A.
13	<i>Group of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe, Guy Verhofstadt, Brüssel</i>	k.A.
14	<i>Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, Brüssel</i>	k.A.
15	<i>Heidi Hautula, MEP (Die Grünen, Finnland, Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte), Brüssel</i>	Antwort
16	<i>Tatjana Zdanoka, MEP, Greens (EFA Group), Brüssel</i>	Antwort
17	<i>Rebecca Harms, MEP, Greens (EFA Group), Brüssel</i>	Antwort
18	<i>Europe Direct, der zentrale Informationsdienst der EU, Brüssel</i>	Antwort
19	Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn	Antwort
20	Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin	Antwort
21	Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin und Riga	Antwort
22	Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland, Bonn	k.A.
23	Nürnberger Menschenrechtszentrum, Nürnberg	k.A.
24	Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin	k.A.
25	Internationale Liga für Menschenrechte, Berlin	Antwort

26	Deutsche Mitgliedsorganisation des Verbandes europäischer Menschenrechtsligen, European Association for the Defence of Human Rights (AEDH), Brüssel	Antwort
27	Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V., Berlin	Antwort
28	Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen, Düsseldorf	Antwort
29	Latvian Human Rights Committee, Riga	Antwort
30	Dmitri Marchenkov, Council of Europe, Congress of Local and Regional Authorities, Brüssel	Antwort
31	Transcend, A Peace and Development Network, Johan Galtung	k.A.
32	Transcend, A Peace and Development Network, Antonio Carlos da Silva Rosa	k.A.
33	UNHCR (UN-Flüchtlingshochkommissariat), Wien	Antwort
34	UNHCR, Baltic and Nordic Office, Stockholm	Antwort
35	OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), Knut Vollebek, Hoher Kommissar für nationale Minderheiten, Den Haag	k.A.
36	Zentrum für OSZE- Forschung, Hamburg	Antwort
37	Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V., Düsseldorf	Antwort
38	Valdis Dombrovskis, Premierminister, Lettland, Riga	k.A.

Hinweis für Leserinnen und Leser, die über eine Suchmaschine direkt zu dieser Seite gekommen sind: Sie sind hier: www.worldcitizens.de